



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

63. Ordentliche Bezirkskonferenz
IG Metall Bezirk Baden-Württemberg
Ludwigsburg

13. Juli 2012

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste dieser Bezirkskonferenz der IG Metall!

Das Tarifergebnis hat sehr deutlich gezeigt: Die IG Metall ist durchsetzungsfähig und gestaltungsmächtig!

Wir sind mit drei anspruchsvollen Forderungen in die Tarifverhandlungen gegangen und es ist uns gelungen in allen Punkten substantielle Fortschritte zu erzielen. Wir haben es geschafft, eine mittlerweile fast eingeübte Logik wieder aufzubrechen: Dem vermeintlichen Zwang der Verhältnisse und der Märkte haben wir etwas entgegengesetzt!

- Zum ersten Mal ist der Grundsatz der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden tariflich festgeschrieben!
- Zum ersten Mal regelt ein Tarifvertrag die Einsatzbedingungen von Leiharbeit in den Betrieben unserer Branche!
- Mit einer Lohnerhöhung von 4,3 Prozent für 13 Monate erhalten die Beschäftigten reale Einkommenszuwächse und werden angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt in der Metall- und Elektroindustrie beteiligt.

Zu diesem Ergebnis habt ihr maßgeblich beigetragen!

Ich möchte deshalb auch hier nochmals allen Beteiligten für ihre Unterstützung danken! Ohne Euer großes Engagement wäre das nicht möglich gewesen! Ich kann nur sagen: Auf den Bezirk Baden-Württemberg ist Verlass. Macht weiter so!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in der vergangenen Woche hat ein Aufruf sogenannter Top-Ökonomen um Hans Werner Sinn für Furore gesorgt. Darin wird ein Horrorszenario an die Wand gemalt: Die auf dem EU-Gipfel beschlossene Bankenunion würde uns und unsere Kinder in die ökonomische Katastrophe führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das bedient dumpfe Stammtischparolen! Ich hätte von den sogenannten Eliten deutliche Worte für die Rettung der Eurozone erwartet. Wer derart mit dem Zusammenbruch der Euros spekuliert, spielt mit dem Feuer. Das ist mit der IG Metall nicht zu machen!

Gerade für die deutsche Industrie und unsere Arbeitsplätze ist die Währungsunion eine Erfolgsstory. Immer noch gehen 40 Prozent unserer Ausfuhren in die Eurozone. Ein Zusammenbruch der Währungsunion hätte für die deutsche Ökonomie verheerende Folgen. Hunderttausende Arbeitsplätze wären bedroht. Bei aller Diskussion um die Kosten der Rettungsmaßnahmen: Es wird übersehen, dass eine Nichtrettung um eine vielfaches teurer käme!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
jede Politik, die einen Kollaps der Eurozone verhindert und die Krise zu überwinden hilft, hat die volle Unterstützung der IG Metall.
Aber es gibt eine gefährliche Schiefelage. Der Kern vieler Instrumente der europäischen Antikrisenpolitik ist Sozialabbau, Lohnsenkung und sogar die Aushebelung der Tarifautonomie. Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose trage die Kosten der Krise.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen Steuern, um Banken zu retten. Gleichzeitig wird massiv in das Arbeitsrecht eingegriffen, werden Entlohnungssysteme in Frage gestellt, die Gesundheitsversorgung beschnitten, die Schulbildung durch Streichung von Lehrerstellen verschlechtert und wichtige Infrastrukturvorhaben gestrichen. Das ist zutiefst ungerecht und unsozial.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es ist auch ökonomisch falsch: Durch eine rigide Sparpolitik werden die Länder noch weiter in einen Abwärtssog gezogen. In Südeuropa hat das in die Rezession geführt. Die Defizite und die Schuldenquoten steigen weiter an.
Wir brauchen ausreichende Rettungsschirme, eine Bankenunion und eine Regulierung der Finanzmärkte. Aber vor allem brauchen wir eine Wachstumsstrategie für Europa und eine andere Steuerpolitik.

Seit der Wahl von Hollande in Frankreich haben sich die politischen Koordinaten in Europa verschoben. Ein Umdenken ist zu beobachten. Ein Wachstumspakt über 120 Milliarden Euro wurde beschlossen. Es ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ein eklatanter Widerspruch in der Debatte fällt auf: Wir reden über die Krise der Staatsfinanzen, und kaum jemand redet über Steuern. Ein unhaltbarer Zustand!
Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Bundesregierung nach langem Zögern sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa stark machen will. Aber diese Steuer muss auch so gestaltet werden, dass sie tatsächlich hochspekulative Geschäfte unattraktiv macht.

Wir brauchen Mindestregeln für die Besteuerung von Kapital und Unternehmen in der EU. Nur die gerechte Beteiligung von hohem Einkommen und großem Vermögen an den Kosten der Krise kann zu einer solidarischen und ökonomisch tragfähigen Überwindung der Krise führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ein vereintes Europa ohne trennende Grenzen, mit der Gewissheit auf eine friedliche Zukunft in sozialer Sicherheit und sozialem und ökonomischem Fortschritt, das war und bleibt so etwas wie unser „europäischer Traum“.

Für uns umschreibt das die Hoffnung, die wir mit dem Projekt soziales Europa verbinden. Doch mit der Erfahrung unserer Tage wissen wir fundierter denn je: Das Erwünschte bekommt man nicht, weil man davon träumt. Dafür muss zielbewusst gearbeitet und engagiert gestritten werden.

Der europäische Traum, der hat sehr wenig zu tun mit Freizügigkeit des Kapitals und einem Selbstbedienungsladen für die internationalen Finanzmärkte.

Europa darf nicht nur Nutzgemeinschaft für Banken, sondern muss Schutzgemeinschaft für die Menschen sein.

Das Europa, für das wir eintreten,
- das sind bessere Lebens- und Arbeitsperspektiven für alle Menschen,

- das ist sozial verpflichtetes, nachhaltiges Wirtschaften,
- das ist weltweites Vorbild gelebter Vielfalt der Kulturen.

Wir wissen: Für ein solches Europa muss man begeistern und streiten können. Ein solches Europa ist mehr als der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die nationalen Regierungen jeweils einigen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die gegenwärtige Krise hat die Richtungsfragen unserer Gesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt.

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008, spüren wir die ökonomischen und sozialen Folgen. Dies macht die Diskussion über einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad unverzichtbar

Wir haben gefordert, dass neben einer kurzfristigen Krisenintervention auch langfristig die richtigen Lehren aus der Krise gezogen werden.

Josef Stiglitz hat Recht wenn er sagt, dass die gegenwärtige Krise so bedeutsam ist, wie der Fall der Berliner Mauer. Der Fall der Berliner Mauer hat zu einer Neuordnung der Politik geführt, einer Neuordnung der Außen- und Sicherheitspolitik, einer Neuordnung der internationalen Beziehung. Heute geht es u.a. um die Neuordnung der Globalisierung, die Neuordnung der internationalen Finanzmärkte und die Neuordnung des Arbeitsmarktes.

Wir führen in der IG Metall die Diskussion über einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad unter dem Leitbegriff „Kurswechsel“. Ein solcher Kurswechsel erfordert grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, die mehr sind als ein Nachjustieren weniger Stellschrauben.

Wir brauchen einen Kurswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft:

Damit Arbeit wieder einen Stellenwert bekommt. Die heutige Arbeitsgesellschaft leidet unter einer Erosion guter Arbeit.

Die Einschränkung der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit, die Verschärfung von Sanktionen und die Etablierung eines Niedriglohnssektors sind Ergebnis und

Ausdruck dieses Ökonomismus und der Parole, dass alles was Arbeit schafft, auch sozial sei.

Wer Menschen ausgrenzt, wer ihnen Sicherheiten nimmt, der beschädigt auch den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und beschädigt letztendlich unser demokratisches Gemeinwesen.

Für uns ist klar: Arbeit ist keine Ramschware. Unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht zur gesellschaftlichen Norm werden. Denn: Arbeit hat einen Wert und Arbeit schafft Werte!

Deshalb muss endlich wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Begrenzung und Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen, Scheinselbstständigkeit und Praktika sowie die Eindämmung und rechtliche Begrenzung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen sind dafür ein notwendiger Schritt.

Unser Leitbild ist und bleibt gute Arbeit. Wir wollen „Gute Arbeit“ für alle!

- Gut, sicher, qualifiziert und anständig bezahlt
- Unbefristet und tarifgebunden
- Mit guter Aus- und Weiterbildung
- Mit Mitbestimmung und Demokratie

Wir brauchen einen Kurswechsel damit der notwendige ökologische Umbau gelingt. Unser Votum für den Kurswechsel bedeutet eine Orientierung auf eine moderne, nachhaltige Industrie. Sie muss auf soziale und ökologische Innovation ausgerichtet sein. Dazu braucht es eine aktive, koordinierende und beteiligungsorientierte Industriepolitik. Deshalb fordern wir eine Nationale Plattform Energiewende, unter Beteiligung der Unternehmen, der Politik, und der Gewerkschaften.

Wir brauchen einen Kurswechsel für mehr Demokratie in den Betrieben. Wir haben Betriebsräte, die gute Arbeit leisten. Aber wir brauchen weitergehende Schritte:

- Die Mitbestimmungsrechte zur Beschäftigungssicherung und Regulierung von Outsourcing müssen gestärkt werden,

- Die Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen ist auszuweiten,
- Die Mitbestimmung muss auch auf ausländische Gesellschaftsformen ausgedehnt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das gute, gelingende Leben für alle Menschen: Dafür engagieren wir uns, dafür entwickeln wir Ideen, dafür suchen wir Mitstreiter in Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

„Kurswechsel für ein gutes Leben“. Unter diesem Motto planen wir im Dezember einen internationalen Kongress in Berlin. Wir wollen dabei die strategischen Debatten bündeln und weiterführen.

Wir wollen in die Diskussionen um den notwendigen Politikwechsel eingreifen und unseren eigenen konzeptionellen Beitrag deutlich machen. Solche Diskussionen lassen sich nicht nationalstaatlich führen. Deshalb haben wir Referenten und Gäste aus der ganzen Welt eingeladen.

Wir wollen die Chance nutzen, ein knappes Jahr vor der Bundestagswahl Anforderungen an einen grundlegenden Kurswechsel an die Politik zu stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Bundestagswahl 2013 wird es um nicht weniger die Zukunftsfragen unserer Ökonomie und Gesellschaft gehen. Es wird um die Frage gehen, ob und wie es in Deutschland gelingt, Wachstum, Arbeit, Gerechtigkeit, Innovation und Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden!

Als Einheitsgewerkschaft sind wir parteipolitisch unabhängig. Die alleinige Messlatte sind unsere Inhalte, unsere Forderungen und unsere Konzepte!

Unsere parteipolitische Unabhängigkeit bedeutet aber keineswegs politische Beliebigkeit! Ganz im Gegenteil: Wir werden die Konzepte und Forderungen die ich gerade unter dem Stichwort „Kurswechsel für ein Gutes Leben“ skizziert habe, in den Bundestagswahlkampf einbringen und selbstbewusst vertreten!

Für uns ist klar: Wir stehen einer eindimensionalen marktradikalen Politik entgegen! Eine wirtschaftsliberale Regierungsmehrheit, die die gesellschaftliche Spaltung

vertieft und unfähig oder unwillig ist, die wichtigsten wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Herausforderungen zu lösen, muss abgewählt werden!

Für uns ist außerdem klar: Wir bekämpfen vor, während und nach der Bundestagswahl Chauvinismus und Rechtsextremismus in allen seinen Spielarten! Die Mordserie der NSU hat noch einmal die Gefährlichkeit und Menschenverachtung dieser Ideologie verdeutlicht. Deshalb fordern wir das Verbot der NPD und unterstützen die Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
schlechte Politik, ignorante Politiker kann man abwählen.
Zuletzt haben es die Franzosen den Baden-Württembergern nachgemacht.

Ich wünsche mir von dieser Bezirkskonferenz und von euch allen, dass der Mut verbreitet werden kann, am ‚Kurswechsel für ein gutes Leben‘ mitzuwirken und dabei die „Mühen der Ebenen“ nicht zu scheuen.

Dankeschön.